



► Nr. VO/2016/04310
öffentlich

Lübeck, 28.10.2016

Bericht

Verantwortliche Bereiche:
1.201 - Haushalt und Steuerung

Bearbeitung: Linda Schütt (E-Mail: linda.schuett@luebeck.de Telefon: 122-1501)

Bericht zur Digitalen Strategie für Lübeck

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
10.11.2016	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
22.11.2016	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Senatsberatung
24.11.2016	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Senatsberatung

Anlass:

Mit Beschluss vom 30.06.2016 (VO/2016/03944) hat die Bürgerschaft den Bürgermeister unter anderem beauftragt, die strategischen Ziele auf dem Gebiet des E-Governments, die die Hansestadt Lübeck bis 2020 verfolgt, schriftlich zu fixieren, die einzelnen Schritte zu benennen und mit einem Zeitplan zu versehen. Aufgezeigt werden soll, welche personellen und finanziellen Mittel für das Erreichen jedes einzelnen Ziels bereitgestellt werden müssen.

Verfahren:

Beteiligte Bereiche/Projektgruppen:
Ergebnis:

Fachbereiche 1-5: Stellungnahmen sind teilweise eingearbeitet. Über die genannten Zielsetzungen hinausgehende Anmerkungen zu EDV-Vorhaben und –Notwendigkeiten werden ggf. in der weiteren Berichterstattung aufgegriffen.

Frauenbüro - Zustimmung
Bereich Recht – keine rechtlichen Bedenken
Rechnungsprüfungsamt – als Anlage beigelegt
Gesamtpersonalrat – als Anlage beigelegt
Gesamtschwerbehindertenvertretung

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47 f GO ist erfolgt:
Begründung:

Ja
 Nein

Die Maßnahme ist:

neu
 freiwillig
 vorgeschrieben durch:

Finanzielle Auswirkungen:

X	Nein, nicht durch diesen Bericht. Notwendige Ressourcen für die Internetredaktion und den Start der Einführung eines Dokumentenmanagementsystems sind in der Nachmeldeliste für den Haushalt 2017 berücksichtigt.
	Ja (Anlage 1)

Bericht:

Der vorliegende Bericht zur Digitalen Strategie gibt keine abschließende Liste der Ziele wieder, die in den kommenden Jahren anstehen, sondern es wurde zunächst auf diejenigen Ziele abgestellt, die fachbereichsübergreifend Querschnittsaufgaben sind.

Daneben werden in den einzelnen Fachbereichen IT-Ziele verfolgt. Insofern bleiben die fachspezifischen Lösungen in den Fachbereichen sowie die parallele Fortführung der im ersten Bericht VO/2016/03779 schon beschriebenen Umsetzungsschritte von diesem Bericht unberührt.

Die Einbindung der Fachbereiche und Bereiche zu aktuellen dezentralen Handlungsbedarfen und Prioritäten ist für die Führungskräftekonferenz der Hansestadt Lübeck am 11.11.2016 vorgesehen.

Über den Fortschritt der Umsetzung, weitere Entwicklungen und organisatorische Auswirkungen wird vierteljährlich berichtet.

Anlagen :

Bericht zur Digitalen Strategie

Stellungnahme des Rechnungsprüfungsamtes

Stellungnahme des Gesamtpersonalrates

Bürgermeister Bernd Saxe

Mit dem langfristigen Ziel, ein umfassendes E-Government einzuführen, wird die Hansestadt Lübeck bis 2020 die folgenden strategischen Ziele verfolgen:

1. *Die Hansestadt Lübeck verbessert Layout, Struktur und Bedienbarkeit ihres Internetauftritts bis zum 31.08.2017.*
2. *Die Hansestadt Lübeck initiiert einen Masterplan E-Government.*
3. *Die Hansestadt Lübeck realisiert kurzfristig diverse Quick-Wins zur Erweiterung ihres Online-Angebots.*
4. *Die Hansestadt Lübeck baut eine Wissensdatenbank und ein Qualitätsmanagement für die Onlinedienstleistungen (Internetredaktion) sowie die Telefonauskunft auf.*
5. *Die Hansestadt Lübeck führt ein Dokumentenmanagementsystem ein (Start 2017) und baut bis 2020 ein elektronisches Stadtarchiv auf, in dem elektronische Akten auf Dauer verwahrt werden können.*
6. *Die Hansestadt Lübeck richtet bis zum 01.07.2017 eine Einheit für die zentrale Steuerung von Geo-Basisdaten ein (Kopfstelle). Damit soll auch ein Beitritt zum Verwaltungsabkommen über die gemeinsame Geodateninfrastruktur und den Betrieb eines Geoportals in der Metropolregion Hamburg verbunden werden.*
7. *Die Hansestadt Lübeck erweitert ihre Personalentwicklung, um ihr Personal auf die sich ändernden Anforderungen in der digitalisierten Arbeitswelt der Verwaltung vorzubereiten.*

Zu 1. Die Hansestadt Lübeck verbessert Layout, Struktur und Bedienbarkeit ihres Internetauftritts bis zum 31.08.2017.

Was 1995 mit einigen einfachen Seiten begann, hat sich inzwischen zu einem umfangreichen Stadt-Portal entwickelt: Der städtische Internetauftritt, genannt Lübeck:Fenster, mit den Domänen www.luebeck.de und www.travemuende.de umfasst 2016 mehrere zehntausend Seiten. Monatlich verzeichnet das Lübeck:Fenster rund 2,2 Millionen Seitenaufrufe.

Das Lübeck:Fenster ist heutzutage ein digitales Service-Portal und in der Regel die erste Informationsquelle für alle Zielgruppen, die etwas über Lübeck wissen wollen. Nutzeranalysen belegen, dass nicht nur die Dienstleistungen der Stadtverwaltung und touristische bzw. kulturelle Angebote gesucht werden. Darüber hinaus sind insbesondere aktuelle Informationen und die vielfältigen, zum Teil speziellen Themen der einzelnen Bereiche der Stadtverwaltung, aber auch des städtischen Sondervermögens von Interesse.

Die Hansestadt Lübeck hat eine Online-Befragung, an der 1.007 Personen teilgenommen haben, auf ihrer Internet-Seite vom 25. September bis 1. Dezember 2014 vorgenommen – mit folgendem Ergebnis:

- 72 % aller Befragten haben das Gesuchte gefunden
- Dienstleistungen und Angebote der Stadtverwaltung verzeichnen insgesamt eine gleich hohe Nachfrage wie Freizeitangebote, hier vor allem der Veranstaltungskalender (für Touristen und Bürger). Die Vielzahl der nachgefragten Themen zeigt das gesamte Spektrum des Stadtlebens
- Als besonders positiv wurde seitens der Befragten die Vielfalt und der Umfang an Informationen zu den unterschiedlichen Themen wahrgenommen
- Negativ beurteilt wurde das veraltete Layout und die Struktur des Lübeck:Fensters

- NutzerInnen wünschen sich vor allem verbesserte Online-Serviceleistungen (z.B. KFZ-Zulassung / Meldeangelegenheiten) sowie einen umfassenden Veranstaltungskalender für die ganze Stadt

Fazit: Das Lübeck:Fenster ist strukturell und technisch den heutigen Anforderungen anzupassen, insbesondere ist die Benutzerfreundlichkeit (Usability) zu optimieren.

Zeitziel: 31.08.2017

Kosten: einmalig ca. 50.000 € konsumtiv (bereits zum Haushalt 2017 angemeldet)

Die inhaltlichen Qualitätsverbesserungen werden dann im Wege eines „dynamischen Relaunches“, also einer schrittweisen Anpassung der bestehenden Seiten erfolgen. Langfristig soll das Lübeck:Fenster zu einem Portal ausgebaut werden, in dem auch die Angebote der städtischen Betriebe und Gesellschaften integriert werden.

Zu 2. Die Hansestadt Lübeck initiiert einen Masterplan E-Government.

Um Prozesse der Kommunalverwaltungen vor dem Hintergrund angespannter Haushalte per EGovernment realisieren zu können, bedarf es der Identifikation, Konzentration bzw. Priorisierung von EGovernment fähigen Prozessen. Die Hansestadt Lübeck setzt sich daher für den Aufbau eines städteübergreifenden Projektes in Kooperation mit dem Land Schleswig-Holstein ein, mit dem Ziel einen Masterplan E-Government zu erstellen.

Untersuchungsgegenstände sollten sein:

- 1) In welchen 20% der Kommunalen Prozesse liegen 80% des Aufwandes (in Finanzen und Stellen)?
- 2) Welche dieser Prozesse lassen sich per EGovernment vollständig oder teilweise abbilden, ergänzen oder optimieren?
- 3) Wie viel Aufwand (einmalig und laufend) wäre hierfür notwendig?
- 4) Wie viel Aufwand (in Finanzen und Stellen) lässt durch die Umsetzung der Prozesse reduzieren?
- 5) Wie sieht der hieraus resultierende Return On Investment (ROI) aus? Betrachtet werden sollten hier die Auswirkungen auf Finanzen, Stellen, Effektivitäts- und Qualitätssteigerung der Serviceleistung der Verwaltung.

Zeitziel: Start 2017

Personelle / finanzielle Ressourcen: keine zusätzlichen

Gleichzeitig wird die Hansestadt Lübeck ihre bereits jetzt eingesetzten Verfahren auf E-Governmentfähigkeit hin überprüfen. E-Payment wird im Zusammenhang mit kostenpflichtigen Online-Leistungen getestet und eingerichtet.

Zu 3. Die Hansestadt Lübeck realisiert kurzfristig diverse Quick-Wins zur Erweiterung ihres Online-Angebots.

⇒ **Personalgewinnung / Online-Bewerbungen**

Der Bereich 1.110 Personal- und Organisationservice hat mit den vorbereitenden Maßnahmen für die Einrichtung eines Bewerbermanagementsystems begonnen. Das speziell für die kommunale Nutzung entwickelte Tool „Interamt“ ist kommunal erprobt und ermöglicht weitgehend papierlose Abläufe im gesamten Bewerbungsprozess.

Die Bewerbungsverfahren haben in den vergangenen Jahren einen starken Zuwachs erfahren. Insbesondere die mehr als doppelt so hohe Anzahl externer und damit aufwändigerer Stellenbesetzungsverfahren macht sich bemerkbar. Die absehbar weitere Steigerung der altersbedingten Abgänge in Folge der demografischen Entwicklung wird zusätzlich zu erhöhten Fallzahlen führen. Ohne kurzfristige elektronische Unterstützung des Prozesses ist die von allen Beteiligten erwartete zeitnahe Aufgabenerledigung gefährdet.

Die Möglichkeit, sich bei der Verwaltung online zu bewerben, verwirklicht damit ein zeitgemäßes und adressatenorientiertes Bewerbungsverfahren, von dem auch ein positiver Marketing zu erwarten ist. Gleichzeitig soll das System als Mittel dienen, die steigenden Fallzahlen in der Personalgewinnung bewältigen zu können.

Zeitziel: Die Vorbereitungen sind angelaufen. Die Vollumsetzung des Programms soll bis Ende 2017 realisiert werden.

Kosten: Die jährlichen Kosten des Programms belaufen sich auf jährlich 9.500 EUR plus einmaligen Implementierungskosten von ca. 3.000 EUR. Die Einführung erfolgt im Rahmen der vorhandenen Personalressourcen. Für einzelne Schritte wird im Rahmen des vorhandenen Budgets externe Unterstützung eingeholt.

⇒ **Online-Beschwerdeverfahren**

Die bereits bestehenden Möglichkeiten, Meldungen an die Stadtverwaltung zu senden, werden eingebunden in ein einheitliches Beschwerdeformular im Lübeck:Fenster. Die Verwaltungsprozesse werden entsprechend angepasst.

Zeitziel: 31.08.2017

keine zusätzlichen personellen / finanziellen Ressourcen

⇒ **Das Ortsrecht wird im Internet bereitgestellt.**

Zeitziel: 31.12.2017

Kosten: einmalig mindestens 20 TEUR konsumtiv (bereits zum Haushalt 2017 angemeldet)

⇒ **Digitale Veröffentlichung der Amtlichen Bekanntmachungen**

Die Digitalisierung der Amtlichen Bekanntmachungen, Verkündungen und sonstigen Veröffentlichungen der Hansestadt Lübeck und Bereitstellung im Lübeck:Fenster bedeutet eine Verbesserung des Serviceangebots der Stadt, das es ermöglicht, zeit- und ortsungebunden auf diese Leistungen der Stadt zugreifen zu können. Dazu zählen u. a. die amtlichen Bekanntmachungen im Rahmen von Bauleitplanverfahren, Wahlaufrufen und weiteren Satzungsverfahren (Näheres siehe VO/2016/04267).

Zeitziel: ab 01.01.2018

Kosten: Betriebskosten: 80.400 € und Einmalaufwand von 47.600 €

⇒ **Digitale Bauakte einschl. Online-Auskünfte**

Zeitziel: Realisierung Anfang / Mitte 2017

Kosten: einmalig bis 10.000 EUR (externe Beauftragung / Einbindung in das Lübeck:Fenster) aus dem geplanten Budget

Zu 4. Die Hansestadt Lübeck baut eine Wissensdatenbank und ein Qualitätsmanagement für die Onlinedienstleistungen (Internetredaktion) sowie die Telefonauskunft auf.

Mit der Teilnahme am D115 Verbund (siehe Vorlage VO/2016/04319) ist der Aufbau einer Wissensdatenbank verbunden. Ziel ist es, hier alle relevanten Informationen zu Dienstleistungen der Hansestadt Lübeck, wie Formulare, Anträge etc. aktuell online zur Verfügung zu stellen. Zum Aufbau einer solchen Datenbank bedarf es einer Koordinierungsstelle mit entsprechendem Personal, um die Qualität der Inhalte zu gewährleisten. Somit wird ein erstes Qualitätsmanagement im Lübeck:Fenster, mit klaren Regeln für alle Akteure installiert. Dies bedeutet eine erhebliche Verbesserung des Online-Bürgerservice: Nutzer können sich anhand fester Kriterien schnell orientieren, finden stets die aktuellen Informationen zu den gesuchten Dienstleistungen der Stadt.

In Planung ist, dass die MitarbeiterInnen der Koordinierungsstelle 115 sukzessive das Qualitätsmanagement für alle Inhalte des Lübeck:Fensters weiterentwickeln und so zu einer zentralen Internetredaktion aufgebaut werden.

Hierfür werden eine Leitungsstelle EG 9 TVöD und zwei sachbearbeitende Stellen EG 8 TVöD benötigt.

Zeitziel: 2017

Personelle / Finanzielle Ressourcen für das Qualitätsmanagement / Internetredaktion (über Nachmeldeliste angemeldet)

1 Stelle EG 9 TVöD	61.781 EUR
2 Stellen EG 8 TVöD (2*53.176 EUR)	106.352 EUR
Sachkosten gem. KGSt-Bericht „Kosten eines Arbeitsplatzes 2015/2016“	29.100 EUR
Gemeinkosten gem. KGSt-Bericht „Kosten eines Arbeitsplatzes 2015/2016“ (20% der Brutto-Personalkosten)	33.627 EUR
Summe	230.860 EUR

Nachrichtlich:

Zusätzliche Auswirkungen von D 115 gem. Vorlage VO/2016/04319 (ab 2018):

Gebühren für HamburgService	-408.732 EUR
Summe der Einsparungen (kurzfristig)	332.154 EUR
Saldo kurzfristig	-76.578 EUR
Summe der Einsparungen (inkl. langfristiger, errechneter Effekte)	838.047 EUR
Saldo langfristig	429.315 EUR

Zu 5. Die Hansestadt Lübeck führt ein Dokumentenmanagementsystem ein (Start 2017) und baut bis 2020 ein elektronisches Stadtarchiv auf, in dem elektronische Akten auf Dauer verwahrt werden können.

Nach Auswertung der Pilotbereiche 3.327 Verkehrsangelegenheiten können folgende Ergebnisse festgehalten werden:

1. Das getestete DMS-Verfahren VIS-Suite ist in der Hansestadt Lübeck einsetzbar.
2. Diverse Fachverfahren können angebunden werden.
3. Die Bedienung des Verfahrens ist problemlos möglich.
4. Die Konfiguration der Mandanten kann durch die jeweiligen Organisationseinheiten geleistet werden.

5. Vorgeschaltete Analyse- und Konfigurationstätigkeiten nehmen Zeit in Anspruch, sind aber schematisiert bereits vorformuliert.
6. Einheitliche Regelungen sind im Entwurf vorhanden und müssen vor einem flächendeckenden Einsatz vollständig festgelegt werden.

Demnach ist das DMS-Verfahren freigeschaltet und an ein Fachverfahren angebunden. Der nächste Schritt ist die Erprobung des dauerhaften Einsatzes des Verfahrens. Dabei ist eine verstärkte Nutzung inkl. Massenverfahren einzubeziehen.

Notwendige Voraussetzung für einen flächendeckenden und optimalen Einsatz des DMS-Verfahrens ist eine verstärkte organisatorische Begleitung mit vertieften Kompetenzen im Veränderungs- und Prozessmanagement. Gleichzeitig werden für den Aufbau der als technische Basis notwendigen Server sowie die Software- und Nutzerbetreuung zusätzliche Ressourcen benötigt.

Für die dauerhafte Verwahrung archivwürdiger elektronischer Akten, die im DMS angelegt wurden, muss ein elektronisches Stadtarchiv aufgebaut werden.

Zur Koordinierung und Steuerung dieser vorbereitenden Tätigkeiten ist ein Team aus zwei Kräften zu etablieren: eine Kraft mit insbesondere organisatorischen Kenntnissen, eine mit informationstechnischen. Dieses Team soll im Rahmen einer klaren Auftragsbeschreibung die Organisation und Steuerung in der Einführungsphase des DMS und dem Aufbau des elektronischen Stadtarchivs übernehmen und die notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen ermitteln.

Zeitziel: Start 2017, Start elektronisches Stadtarchiv 2020

Zentrale personelle Ressourcen:

2 Stellen A 12 (oder vergleichbare Entgeltgruppe gem. TVöD) zusätzlich, davon eine im Bereich Haushalt und Steuerung und eine im Bereich Informationstechnik jährlich 143.800 EUR (2*71.900 EUR) (über Nachmeldeliste angemeldet)

Zu 6. Die Hansestadt Lübeck richtet bis zum 01.07.2017 eine Einheit für die zentrale Steuerung von Geo-Basisdaten ein. Damit soll auch ein Beitritt zum Verwaltungsabkommen über die gemeinsame Geodateninfrastruktur und den Betrieb eines Geoportals in der Metropolregion Hamburg verbunden werden.

Eine Bestandsaufnahme nach dem Bürgerschaftsbeschluss vom 30.06.2016 hinsichtlich städtischer Geo-Daten hat ergeben, dass bereits jetzt viele Bereiche auf das städtische Geo-Portal für ihre tägliche Arbeit angewiesen sind. Neben der Steuerung von Geo-Daten ist deshalb auch wichtig, die vorhandenen Daten aktuell und verfügbar zu halten. Für die Bildung einer gesamtstädtisch zuständigen Einheit muss der personelle Bedarf festgestellt und ausreichende Sachmittel bereitgestellt bzw. verlagert werden. Darüber hinaus müssen die Befugnisse dieser Einheit erarbeitet und in Kraft gesetzt werden.

Spätestens mit Bildung der gesamtstädtisch zuständigen Einheit soll auch dem Verwaltungsabkommen über die gemeinsame Geodateninfrastruktur und den Betrieb eines Geoportals in der Metropolregion Hamburg beigetreten werden, was bislang aufgrund fehlender Ressourcen nicht umgesetzt wurde.

Anzustreben ist dann die sukzessive Anbindung aller GIS-Fachverfahren an das zentrale System.

Zeitziel: Start 01.07.2017 Zentrale Einheit zur Steuerung der Geodaten personelle / finanzielle Ressourcen: derzeit noch nicht bezifferbar, werden im Rahmen der Einrichtung der Kopfstelle ermittelt.

In diesem Zusammenhang wird auch die Bereitstellung der Bauleitpläne in einem Geoportal im Internet vorangebracht. Geplant ist, eine Testphase im städtischen Geo-Portal im Intranet zum Jahresende 2016 abzuschließen.

Zu 7. *Die Hansestadt Lübeck erweitert ihre Personalentwicklung, um ihr Personal auf die sich ändernden Anforderungen in der digitalisierten Arbeitswelt der Verwaltung vorzubereiten.*

Die geänderten Anforderungen an die Qualifikation der MitarbeiterInnen bei der Einführung eines DMS erfordern die verstärkte Entwicklung von IT-Kompetenzen und Fähigkeiten, alle damit verbundenen Veränderungen zu realisieren. Die strategische Personalentwicklung nimmt diese Anforderung auf und übersetzt sie in geeignete Ansätze zur Fort- und Weiterbildung. IT-Kompetenz, insbesondere die Fähigkeit zur Konzeption und Umsetzung von IT-Projekten, sowie Changemanagement werden bei der Personalentwicklung verstärkt gefördert.

Zeitziel: Start 2017

Ressourcen: derzeit keine zusätzlichen, evtl. steigende Fortbildungskosten wären ab Haushalt 2018 zu ordnen

Prüferische Sichtung des RPA zum 7-Punkte-Plan der Digitalen Strategie 01.11.2016

Az: 14.09.28

1. *Die Hansestadt Lübeck verbessert Layout, Struktur und Bedienbarkeit ihres Internetauftritts bis zum 31.08.2017.*

Anmerkungen RPA:

Welche strukturellen und technischen Anpassungen sollen in dem Kostenrahmen erfolgen? Wer steuert den Prozess und trifft welche Entscheidungen? Offen bleibt, wer den Prozess der inhaltlichen Qualitätsverbesserung und den Portalaufbau auf Seiten der Hansestadt Lübeck fachkundig und mit entsprechender Durchsetzungskraft gegen dezentralisierende Interessen steuern soll. Das RPA hält die vorgesehene Internetredaktion nicht für das dafür geeignete Instrument.

Antwort ZC:

Die Fragen des RPA werden im weiteren Verfahren beantwortet / geklärt. Der Aufbau einer Internetredaktion wird flankiert von einer entsprechenden Geschäftsanweisung. Aus diesem Grund wird die Auffassung, dass die Internetredaktion nicht das geeignete Instrument sei, nicht geteilt.

2. *Die Hansestadt Lübeck initiiert einen Masterplan E-Government.*

Anmerkungen RPA:

Die Digitale Strategie und die eingebettete eGovernment-Strategie sowie deren regelmäßige Fortschreibung bedarf einer fachlich kompetenten zentralen Steuerung. Die Hansestadt Lübeck sollte einen CIO¹ für das IT-Controlling als Stabsstelle etablieren, vergleichbar dem im Land SH in der Staatskanzlei geführten Zentralen IT-Management.

Ob für die vorgesehenen Geschäftsprozessuntersuchungen und deren Analysen wie dargestellt keine zusätzlichen Ressourcen erforderlich sind, wird vom RPA für fraglich gehalten. Wer steuert den Prozess, wer führt die operativen Schritte aus?

Antwort ZC:

Die Notwendigkeit eines CIO für die Hansestadt Lübeck, über die bestehende zentrale Steuerung hinaus, wird aktuell nicht gesehen. Für die Ermittlung der Prozesse, die unter a) u. b) fallen, wird davon ausgegangen, keine zusätzlichen Ressourcen zu benötigen. Dass die Umsetzung Ressourcen benötigen wird, ist in c) bereits dargestellt.

3. *Die Hansestadt Lübeck realisiert kurzfristig diverse Quick-Wins zur Erweiterung ihres Online-Angebots.*

Anmerkungen RPA:

Welche Konsequenzen ergeben sich durch die digitale Veröffentlichung der amtl. Bekanntmachungen etc. für die bisherigen Veröffentlichungen in der Stadtzeitung?

Antwort ZC:

Hierzu wird auf die gesonderte Vorlage VO/2016/04267 verwiesen. Dieser Hinweis war in der dem RPA zugeleiteten Version des Berichts allerdings noch nicht enthalten.

¹ CIO = Chief Information Officer

4. *Die Hansestadt Lübeck baut eine Wissensdatenbank und ein Qualitätsmanagement für die Onlinedienstleistungen (Internetredaktion) sowie die Telefonauskunft auf.*

Anmerkungen RPA:

In der Vorlage „D115/122-0“ waren die personellen Ressourcen der Internetredaktion bereits in **voller** Kapazität für die Betreuung D115 vorgesehen. Jetzt wird diese Kapazität der Internetredaktion zugeordnet, die daneben anteilig die mit D115 verbundenen Aufgaben ausführen soll. Die Kapazität wurde nicht ausgeweitet.

Das führt zur Frage: wie verlässlich war die damalige Personalbedarfskalkulation aus der D115/122-0-Vorlage? Die Personalkosten werden einem anderen Projekt zugeordnet, um so das Vorhaben D115 finanziell besser darstellen zu können? Die Einrichtung und der Betrieb der Wissensdatenbank sowie die Überwachung der Abrechnungen mit dem externen Dienstleister stehen doch im kausalen Zusammenhang mit dem Vorhaben D11/122-0.

Antwort ZC:

Kapazitäten für eine Internetredaktion und den Aufbau / die Pflege einer Wissensdatenbank werden in jedem Fall unabhängig von einer Entscheidung zum Thema D115 benötigt. Derzeit werden zwei verschiedene Datenbanken mit fast gleichem Inhalt parallel betrieben, diese Doppelarbeit wird zukünftig vermieden.

5. *Die Hansestadt Lübeck führt ein Dokumentenmanagementsystem ein (Start 2017).*

Anmerkungen RPA:

Zur Erprobung eines DMS-Einsatzes war kein Projekt, sondern eine Arbeitsgruppe (AG) eingerichtet worden, die im Februar 2014 erstmalig tagte. Der Zeitplan wurde mehrfach verschoben, es gab Zieländerungen. Ursprünglich sollte das Pilotvorhaben in wenigen Monaten mit einem Evaluierungsbericht als Entscheidungsgrundlage beendet sein. Der Informationsstand des RPA ist bisher unzureichend, da die AG-Termine in den vergangenen Monaten regelmäßig abgesagt worden sind.

Eine Beurteilung der getätigten Aussagen zum Stand der DMS-Erprobung ist nicht möglich. Eines der AG-Ziele war wie erwähnt die Erstellung eines Evaluierungsberichts. In der AG wurde ein solcher nicht präsentiert. Insofern war eine fachliche Befassung nicht möglich. Daher können die in der Vorlage aufgelisteten Inhalte nicht bestätigt werden.

Im AG-Verlauf wurden erforderliche organisatorische Regeln (ein Aspekt z. B. Scannen / ersetzendes Scannen) und die dafür notwendige Einbindung des Bereichs Personal- und **Organisationsservice** thematisiert. Was in den im Entwurf vorliegenden „Einheitlichen Regelungen“ enthalten ist und ob inhaltliche Zustimmung möglich ist, kann hier nicht erklärt werden. Der Regelungsentwurf wurde der AG ebenfalls nicht vorgestellt oder anderweitig vermittelt.

Schaffung zweier Stellen

Es ist zweckmäßig, die verwaltungsweite DMS-Ausbreitung in Projektform nach den Projektrichtlinien der HL auszuführen.

Welche Ressourcen kann der Bereich Personal- und **Organisationsservice** für dieses Projekt bereitstellen? Die Schaffung der vorgesehenen zwei zusätzlichen Stellen, sofern erforderlich, sollte in die Formierung des Projekts einbezogen werden.

Antwort ZC:

Eine zeitgleiche Fertigstellung eines Evaluierungsberichts war nicht möglich. Die im Bericht enthaltenen Aussagen sind mit dem Bereich 1.105-Informationstechnik abgestimmt. Für DMS werden im Rahmen eines vorbereitenden Teams zwei zusätzliche Stellen geschaffen, mit dem Ziel der Erstellung eines Projektauftrags,

Definition der Anforderungen, Ressourcen, Projektstruktur, Zeitplanung und Meilensteine.

6. *Die Hansestadt Lübeck richtet bis zum 01.07.2017 eine Einheit für die zentrale Steuerung von Geo-Basisdaten ein (Kopfstelle). Damit soll auch ein Beitritt zum Verwaltungsabkommen über die gemeinsame Geodateninfrastruktur und den Betrieb eines Geoportals in der Metropolregion Hamburg verbunden werden.*

Anmerkungen RPA:

Derzeit werden die Geo-Sach- und Fachdaten in bereichseigenen GIS-Verfahren losgelöst von einander geführt und die zentral vorgehaltenen aktuellen Geo-Basisdaten als Kopien in die bereichseigenen GIS-Verfahren zur dortigen Aktualisierung übertragen.

Richtig wäre, die unterschiedlichen Geo-, Sach- und Fachdaten der Bereiche als Fachkomponenten in dem zentralen GIS-System zu betreiben. Das gegenwärtige GIS-Betriebsmodell ist insofern „vom Kopf auf die Füße“ zu stellen. Diese Umstellung bedarf einer kompetenten Kopfstelle mit entsprechender Durchsetzungskraft

Antwort ZC:

Diese Auffassung wird geteilt.

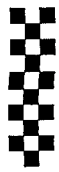
7. *Die Hansestadt Lübeck erweitert ihre Personalentwicklung, um ihr Personal auf die sich ändernden Anforderungen in der digitalisierten Arbeitswelt der Verwaltung vorzubereiten.*

Anmerkungen RPA:

Das Ziel ist grundsätzlich richtig. Die Konkretisierung fehlt allerdings. Um welche Zielgruppen geht es? Welche Fortbildungsinhalte, die „über eine reine DMS-Bedienung“ hinaus gehen, sollen vermittelt werden?

Antwort ZC:

Konkretere Angaben können erst im Rahmen der weiteren Berichterstattung gemacht werden.



04511221817

**Gesamtpersonalrat
Hansestadt Lübeck**

Lübeck, den 7. November 2016
Ludwig Klemm
☎ 122-1812 Fax-Nr.: 122-1817
email: gesamtpersonalrat.hl@luebeck.de

1.201.3 Haushalt und Steuerung – Zentrales Controlling

Stellungnahme zum Entwurf einer digitalen Strategie der Hansestadt Lübeck mail vom 26.10.2016

Der Gesamtpersonalrat möchte zu folgenden Punkten Stellung beziehen:

Zu 2.

Das Identifizieren EGovernment fähiger Prozesse und die Einführung von E-Payment werden in den Bereichen sicherlich personelle Kapazitäten binden oder benötigen. Daher ist die Aussage, dass keine zusätzlichen personellen und finanziellen Ressourcen benötigt in Zweifel zu ziehen. Wenn es keine zusätzlichen personellen und finanziellen Ressourcen gibt, wie soll diese zusätzliche Aufgabe dann bei der bestehenden Arbeitsbelastung erfüllt werden?

Zu 3.

Welche Quick-Wins mit einem Online-Beschwerdeverfahren erreicht werden sollen, erschließt sich dem Personalrat so nicht. Wenn Verwaltungsprozesse angepasst werden müssen, sind damit personelle und finanzielle Ressourcen verbunden. Zum Erreichen von Synergie-Effekten sind, je nach Beschwerdeart, ausgefüllte PDF-Formulare mit xml-Daten im Verfahren zu erstellen. Dies ist nicht ohne Investitionsaufwand möglich.

Zu 4.

Der Aufbau und die Pflege einer Wissensdatenbank ist nur mit Einbindung der zuständigen Bereiche möglich. Die dafür erforderlichen Prozesse und Ressourcen sind nicht erwähnt. Die nachrichtlich erwähnten zusätzlichen Auswirkungen von D 115 mit den dort aufgeführten Beträgen ziehen wir im Zweifel und sollten dort entfernt werden. Wir verweisen auf unsere Stellungnahme zur Vorlage D 115 und Überleitung der Telefonzentrale an das Service-Center Hamburg.

Zu 5.

Der Gesamtpersonalrat ist Mitglied der Arbeitsgruppe DMS, die allerdings seit Monaten nicht zusammengekommen ist. Der Gesamtpersonalrat bezweifelt die dort getätigten Aussagen. Bisher liegen keine Erfahrungsberichte zum produktiven Einsatz von DMS vor. Die

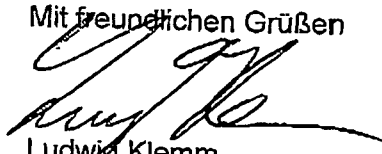
04511221817

Anbindung von Fachverfahren werfen erhebliche Probleme auf. Bisher ist kein Fachverfahren im „Echt-Betrieb“ angeschlossen. Die Anpassung der Schnittstellen für die Fachverfahren und die stetige Koordinierung, Administration und Betreuung benötigen nicht unerhebliche personelle Ressourcen. Wegen fehlender Erfahrungsberichte ist dem Personalrat auch nicht bekannt, ob die Bedienung problemlos erfolgen kann.

Die dort aufgeführten zusätzlich benötigten Ressourcen für die Bereiche Informationstechnik und Haushalt und Steuerung sind dem Gesamtpersonalrat nicht bekannt und somit auch nicht belegt. Die Ressourcenfrage und organisatorische Zuordnung bei der Einführung von DMS ist von entscheidender Bedeutung. Eine zusätzliche Stellenvermehrung beim Bereich Haushalt und Steuerung ist dem Gesamtpersonalrat z. Zt. nicht erklärlich.

Nach Auffassung des Gesamtpersonalrates sollten die in der digitalen Strategie genannten Zahlen und Ressourcen belastbar und nachvollziehbar dargestellt werden.

Mit freundlichen Grüßen



Ludwig Klemm
Vorsitzender